Zeitschrift: Schweizer Schule

Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz

Band: 72 (1985)

Heft: 5

Rubrik: Kurzmeldungen aus der Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kurzmeldungen aus der Schweiz

CH: Parlamentarische Gruppe für Jugendfragen

Rund 60 National- und Ständeräte haben sich zu einer Parlamentarischen Gruppe für Jugendfragen zusammengeschlossen. Ziel der vom Aargauer Christlichdemokraten Anton Keller präsidierten Gruppe ist es, die Anliegen der Jugend ins Parlament zu tragen und bei der Gesetzgebung zu berücksichtigen. Nach Auskunft Kellers sollen von Zeit zu Zeit Treffen mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und städtischen Behörden organisiert und namentlich die Kontakte zu Jugendorganisationen, im besondern mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände, gepflegt werden. Die Gruppe will sich pro Session einmal treffen.

CH: Jugendgesetz im Jahr der Jugend

Im Jahr der Jugend sollen den feierlichen Worten und Absichtserklärungen von Politikern jetzt auch Taten folgen: Im Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) liegt ein Entwurf zu einem Jugendgesetz auf dem Tisch, der Jugendarbeit die rechtliche Grundlage verschaffen soll.

Neben der gesetzlichen Verankerung der Bundesbeiträge werden mit dem neuen Gesetz auch die Ziele der Jugendarbeit umschrieben. Wie aus dem EDI zu erfahren war, soll die Botschaft zu diesem Jugendgesetz bereits nach den Sommerferien vom Bundesrat zuhanden des Parlamentes verabschiedet werden.

ZH: Neues Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung

Der Regierungsrat hat das Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Das Gesetz sieht die schrittweise Aufhebung der obligatorischen hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule für Mädchen vor. Statt dessen sollen die Fächer Handarbeit und Haushaltkunde für Mädchen und Knaben in den Lehrplänen von Volksschule und Mittelschulen eingeführt werden, was jedoch nicht Gegenstand dieser Gesetzesvorlage ist. Hingegen wird im Gesetz ein Übergangsrecht verankert, welches die Bewältigung der organisatorischen Arbeiten im Bereich Handarbeit und Haushaltkunde ermöglicht. Die freiwillige hauswirtschaftliche Fortbildung wird in zwei Bereiche unterteilt: in die freiwilligen hauswirtschaftlichen Fortbildungskurse zur Fortbildung von Erwachsenen und schulentlassenen Jugendlichen und in den freiwilligen Jahreskurs zu allgemeiner und hauswirtschaftlicher Fortbildung von schulentlassenen Jugendlichen. Diese beiden Bereiche fallen wie bis anhin in die Zuständigkeit der Schulgemeinden.

ZH: CVP enttäuscht über Jugendbericht

Die CVP des Kantons Zürich hat mit Enttäuschung vom Bericht und Antrag des Regierungsrates zur Motion über die «Möglichkeiten und Grenzen einer kantonalen Jugendpolitik» sowie zum Postulat betreffend die «Verbesserung der Stellung der Familie» Kenntnis genommen.

Der regierungsrätliche Bericht erschöpft sich über weite Strecken in der Aufzählung bereits bestehender Einrichtungen und staatlicher Massnahmen, ohne sich kritisch Rechenschaft zu geben über deren Wirksamkeit und Zukunftstauglichkeit. Impulse und neue Ansätze und Modelle vor allem in den Bereichen Elternbildung und eigentliche Jugendpolitik sucht man vergebens. Der veränderten Bedrohungssituation der Familie wird zu wenig Rechnung getragen.

Statt mehr oder weniger kritiklos auf die Kontinuität des «Bewährten» zu setzen, wäre es notwendig, die konkreten Wege aufzuzeigen, wie die jugendpolitischen Rahmenbedingungen verbessert werden könnten. Der Hinweis auf die Verantwortlichkeit der Gemeinden genügt nicht. Dem Kanton kommt in diesem Bereich eine Führungsrolle zu. Die CVP kann sich mit diesem Bericht und Antrag des Regierungsrates nicht zufriedengeben. Sie wird sich deshalb mit Vehemenz dafür einsetzen, dass es nicht bei diesem unverbindlichen und mageren Bericht bleibt.

ZH: Die VPOD-Sektion Lehrberufe Zürich für Französisch auf der Primarschulstufe

Die VPOD-Sektion Zürich unterstützt grundsätzlich die Einführung von Französisch ab der 5. Primarklasse aus staatspolitischen (Mehrsprachigkeit der Schweiz) und lernpsychologischen Gründen (grössere Fähigkeit der Primarschüler, spielerisch und imitatorisch zu lernen). Sie meint, dass die Vorverlegung des Französischunterrichts für Schüler und Lehrer eine Chance darstellen kann. Wichtig sind ihr die Prinzipien dieses Unterrichts, wie sie in den bisherigen Versuchsklassen schon jahrelang praktiziert werden: Förderung der Kommunikationsfähigkeit, spielerisches Entdecken und Üben der Sprache, fächerübergreifende Ansätze, keine Noten, keine Promotion und Selektion. Von diesen Prinzipien können wertvolle Impulse auch in andere Fächer und den Gesamtunterricht einfliessen.

Der Grossteil der Lehrerschaft, der diese Reform ablehnt, kann vielleicht zu Recht des Konservativismus und der Angst vor Neuem beschuldigt werden. Misstrauen und Ablehnung, die jedoch aus der Befürchtung vor Mehrbelastung für Schüler und Lehrer oder der Angst, es entstünden plötzlich zwei Sorten Primarlehrer (solche mit und solche ohne Französischkompetenz), entstehen, müssen ernstgenommen und entkräftet werden. Deshalb fordert

die Sektion Zürich Lehrberufe des VPOD: Französisch soll auch an der Oberstufe kein Selektions- und kein Promotionsfach sein (sonst entsteht von oben ein Druck auf die Primarschule, und Französisch würde zum versteckten oder offenen Selektionsfach ohne Noten). Die vorgesehene Ausbildung der amtierenden Lehrer muss verbessert und auf ein halbes Jahr (wovon die Hälfte Sprachaufenthalt) verlängert werden und in die Schulzeit fallen. Im Rahmen der Gesamtrevision der Lehrpläne muss ein Stoffabbau vorgenommen werden. Nur so kann Französisch für Schüler und Lehrer zum positiven Erlebnis werden, einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Schule leisten und für den zukünftigen Erwachsenen, der die obligatorische Schulzeit ohne weitergehende Fremdsprachenausbildung absolviert, die Chance darstellen, die Fremdsprache als leicht verfügbares Verständigungsmittel einzusetzen.

SZ: Schwyz realisiert das zehnte Schuljahr

Nach anfänglichen Problemen hat die Schwyzer Regierung nun doch definitiv beschlossen, im Kanton Schwyz die Möglichkeit für ein freiwilliges zehntes Schuljahr anzubieten. Auf das Schuljahr 1986/87 sollen in Goldau und in Freienbach je eine Schulabteilung eröffnet werden. Der Besuch dieser weiterführenden Klasse wird jedoch nicht kostenlos sein, sondern analog zum Besuch der Mittelschulen ein Schulgeld von 1000 Franken jährlich kosten.

Um die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, schlägt der Regierungsrat eine Ergänzung der geltenden Volksschulverordnung aus dem Jahre 1972 vor. Im Sinne eines Schulversuchs soll darin die Möglichkeit verankert werden, dass ein zehntes Schuljahr quasi als 4. Sekundarklasse geschaffen werden kann. Diese Ergänzung der Verordnung wird bereits im Juni dem Kantonsrat unterbreitet, so dass diese Änderung auf das Jahr 1986 in Kraft treten kann. Damit ist die Eröffnung dieses zehnten Schuljahres auf das Schuljahr 1986/87 möglich.

ZG: Maturitätstypus D wird eingeführt

An der Kantonsschule Zug wird auf den Beginn des Schuljahres 1985/86 der Maturitätstypus D, bei welchem das Schwergewicht auf modernen Fremdsprachen liegt, eingeführt. Voraussichtlich werden eine bis zwei von insgesamt sieben neuen Klassen mit diesem Typus aufgebaut. Klarheit darüber wird jedoch erst nach Abschluss des Übertrittsverfahrens bestehen. An der Kanti werden zurzeit über 1200 Schüler in 68 Klassen unterrichtet. Wegen der Umstellung vom sechs- auf den siebenjährigen Schulbetrieb wird es dieses Jahr keine Schulabschlüsse geben, womit sich das Total der Klassen auf 75 erhöhen wird.

${\sf SH: Schaffhauser\ Erziehungsberatung\ jetzt\ gratis.}$

Für Beratungen des sozialen und schulpsychologischen Dienstes der kantonalen Erziehungsberatungsstelle werden in Schaffhausen keine Elternbeiträge mehr erhoben. Mit der Aufhebung der entsprechenden Verordnung hat der Regierungsrat einen weiteren Artikel des neuen Schulgesetzes in Kraft gesetzt.

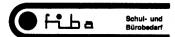
SG: Höchste Priorität für Informatik an der HSG

Seit Anfang letzten Jahres haben sich die Bestrebungen an der mit 2500 Studenten kleinsten Schweizer Hochschule zum Ausbau der Informatik und ihrer besseren Integration in die verschiedenen Fachbereiche, vor allem der Betriebswirtschaftslehre, verstärkt. Mittlerweile konnten, unter anderem dank zahlreichen Spenden, 30 Personal Computer für den Einsatz in der Lehre beschafft werden. Heute ist die technologische Ausstattung an der Hochschule St. Gallen etwa gleich wie jene in Bern und Zürich, aber bereits weiter fortgeschritten als im europäischen Ausland. Nach den Ausführungen eines Informatikdozenten sind viele Ziele «noch offen», so etwa die Bereitstellung von weiteren Räumen, der Aufbau einer Informatikforschungsstelle – sie soll dieses Jahr dem Hochschulrat beantragt werden - und, vielleicht in einigen Jahren, ein eigenes Institut dieser Fachrichtung. Mit «gedämpftem Optimismus» sieht Rektor Alois Riklin der sankt-gallischen Volksabstimmung über den Ergänzungsbau entgegen. Zwei frühere Bauvorhaben waren gescheitert. Das nunmehr redimensionierte Projekt mit Kosten von rund 32 Millionen Franken hat im letzten Februar die erste Lesung im Kantonsparlament passiert.

fiba Ihr Schulmaterialliclerant







8956 Killwangen
Telefon 056 71 33 72